Nummer 139 Halle, Sonnabend, den 16. Juni 1923 58. Jahrgang
Einzelpreis: 250,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 5150.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 5150.00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 5000.00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 300.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 300.00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 1200.00 Mark im Ortsverkehr und 1500.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 1. Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale der Saalezeitung Halleschaft. Bank-Konto: Landtheaters Neuhaldensleben, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsänderungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Triftstraße 21, sowie die benannten Filialen kaufen und zahlen ständig Tagespreis für alle Rohprodukten.

Deutschlands Protestnote an die Welt.

Auflage gegen die Mörder von Dortmund / Ein neues Schandurteil in Werden / Poincares Lügenfeier / Stambulijski erschossen / Gegenanschlag der bulgarischen Bauern.

Gegen das Mordregiment.

Berlin, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutschen Botschaften in London, Madrid, Rom, Washington und Moskau, die deutschen Gesandtschaften im Haag, in Bern, Kopenhagen, Kristiania, Stockholm, Riga und Warschau sind beauftragt worden, den dortigen Regierungen folgende Note (mit Anlage) zu überreichen: Die deutsche Regierung sieht sich von neuem gezwungen, die Aufmerksamkeit der nicht an der Ruhraktion beteiligten fremden Regierungen auf die unheilvollen Gewaltakte zu lenken, mit denen die französisch-belgischen Besatzungstruppen gegen die Bevölkerung des alt- und neubesetzten Gebietes vorgehen. Die Schritte, welche die deutsche Regierung im Geiste aufrichtiger Verhandlungsbereitschaft mit ihrem Angebot vom 2. Mai und dem Memorandum vom 7. Juni getan hat, um der gegenwärtigen Situation ein Ende zu bereiten, haben die französische Regierung nicht gehindert, ihrerseits den Terror gegen die Bevölkerung in den schärfsten Formen fortzusetzen. In dieser Hinsicht braucht nur auf folgende Tatsachen hingewiesen zu werden.

Am 26. Mai ist der Kaufmann Schlageter wegen angeblicher Sabotage auf Grund des Urteils eines französischen Kriegsgerichtes erschossen worden, obwohl bei der französischen Regierung dringende Vorstellungen erhoben worden waren, die Lage nicht durch die Vollstreckung des Urteils weiter zu verschärfen.

Am 10. Juni abends sind in Dortmund aus Anlaß der unaufgeklärten Tötung von zwei französischen Militärpersonen sechs Deutsche von einer französischen Patrouille auf der Straße aufgegriffen, schwer mißhandelt und dann ohne jedes Verfahren niedergeschossen worden. Wie sich aus der anliegenden zeugeneidlichen Aussage ergibt, stand es von vornherein außer Zweifel, daß diese Deutschen mit der Erschießung der Franzosen nicht das geringste zu tun hatten.

Am 11. Juni ist in Recklinghausen der 19jährige Karl Möller von französischen Soldaten erschossen worden.

Am 13. Juni hat ein französisches Kriegsgericht in Mainz den landwirtschaftlichen Lehrer Görges wegen angeblicher Sabotageakte zum Tode verurteilt.

Alles dies geschieht zur gleichen Zeit, wo die französische Regierung die Forderung erhebt, daß die Bevölkerung den passiven Widerstand aufgibt, und wo sie von der Erfüllung dieser Forderung den Beginn der Verhandlungen abhängig macht, die allein zur Lösung des gegenwärtigen Konfliktes führen können. Der Widerspruch in diesem Verhalten liegt offen zutage. Das französische Vorgehen macht alle Bemühungen der deutschen Regierung, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, illusorisch. Es stärkt nicht nur in der Bevölkerung das Gefühl der Notwendigkeit, gegenüber dem fremden Militarismus den passiven Widerstand aufrechtzuerhalten sondern beschwört darüber hinaus immer ernster die Gefahr herauf, daß die in ihrem innersten Empfinden getroffene Bevölkerung sich zu verzweifelten Unbesonnenheiten hinreißen läßt, die in ihren Auswirkungen weit über das besetzte Gebiet hinausgehen.

Die deutsche Regierung hat bei unaufgeklärten Zwischenfällen wiederholt vorgeschlagen, den Sachverhalt durch internationale Kommissionen untersuchen zu lassen. Die französische Regierung hat alle derartigen Anträge bisher unbeantwortet gelassen. Die deutsche Regierung legt hiergegen und gegen die fortgesetzte französische Gewaltpolitik Verwahrung ein und stellt öffentlich fest, daß die Verantwortung für deren Folgen allein auf die französische Regierung fällt.

Stambulijski erschossen.

Sofia, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die bulgarische Telegraphenagentur meldet, ist Stambulijski heute im Dorfe Golak bei Slavenitza gefangen genommen worden. Bei einem Fluchtversuch wurde er erschossen. Zum Tode Stambulijskis meldet Reuter aus Sofia folgende Einzelheiten: Stambulijski hatte sich gestern früh dem Kommandanten der Militärabteilung ergeben. Bei Slavonitza griff dann eine Bande bewaffneter Landleute das Automobil, in dem der ehemalige Ministerpräsident weggeführt wurde, an. Stambulijski entfloh, wurde aber auf der Flucht erschossen.

London, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Korrespondent der „Daily News" meldet aus Belgrad, daß Sofia von den Bauernabteilungen umzingelt sei. Anhänger Stambulijskis hätten bereits einen Sieg über die Regierungstruppen davongetragen. Der König halte sich mit zwei Flugzeugen auf seinem Landschlosse Studhereit. Die neue Regierung habe bis jetzt 70 000 Mann mobilisiert, was in Südslawien Unruhen hervorgerufen habe, da der Vertrag von Neuilly Bulgarien nur eine Armee von 20 000 Mann gestatte. Ferner teilt das Blatt mit, daß man in London die bulgarische Aktion als einen Schritt gegen die Alliierten betrachte. Im Foreign Office würde deshalb die Entwicklung der Lage in Bulgarien mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.

*

Mit dem 44jährigen Bauernführer Stambulijski ist eine jedenfalls charakteristische Persönlichkeit aus dem politischen Leben geschieden, der lange Zeit eine Schreckensdiktatur über Bulgarien ausübte. Mit seinem Tode tritt die bulgarische Revolution in ein neues Stadium. Noch 24 Stunden vor seiner Gefangennahme hatte Stambulijski eine Depesche nach Paris gerichtet, in der er mitteilte, er würde Sofia in wenigen Stunden ohne Blutvergießen einnehmen. In der französischen Hauptstadt hatte diese Nachricht in offiziellen Kreisen Genugtuung hervorgerufen, da man ja dort bekanntlich mit einem Kabinett aus den Kreisen, aus denen sich die gegenwärtige Regierung zusammensetzt, nicht ganz einverstanden ist. Nun liegen die Dinge äußerdem so, daß auch Gründe dafür vorhanden sind, anzunehmen, die Gegner des Kabinetts Zankoff hätten an Boden gewonnen und wieder Aussicht auf Erfolg. Allerdings kann eine solche Anschauung nur einer gewissen Unkenntnis der innerpolitischen bulgarischen Verhältnisse entspringen.

Die Kleine Entente ist nämlich eifrig bemüht, gegen die neue Regie in Bulgarien einen Streich zu führen. Zwischen Sofia, Belgrad und Prag findet ein lebhafter Gedankenaustausch darüber statt, wie man im Einverständnis mit den Großmächten etwas gegen die bulgarische Regierung unternehmen könnte, von der man annimmt, sie würde irgendwelche außenpolitische Aspirationen der bulgarischen Nationalisten erfüllen. Daß dies nicht im entferntesten dem Programm des Kabinetts Zankoff entspricht, das genug damit zu tun hat, die Umorganisation im eigenen Lande zu vollziehen, dürfte selbstverständlich sein.

Poincare in der Kammer.

Paris, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Sitzung der Kammer begann unter Vorsitz des Vizepräsidenten Lefèvre um 3 Uhr. Fünf Interpellationen über die innere Politik der Regierung waren angemeldet. Sogleich nach dem Schluß der Rede Bonnets erhob sich Poincaré zur Antwort, in der er u. a. ausführte, wie er sich die Mehrheit denkt, mit der er regieren will. „Es ist die Mehrheit der heiligen Einigkeit, welche den Krieg gewonnen hat. Ich will aus dieser Mehrheit nicht eine oder die andere Gruppe ausschließen. Die Regierung wird vor der Kammer ihre Gedanken entwickeln. Die Kammer hat zu entscheiden, ob sie diese Gedanken billigen will. Die äußere Politik ist für die nächste Zeit fest umgrenzt. Wenn Deutschland die Freude hätte, einen Regierungswechsel in Frankreich zu erleben, dann würde diese Freude nicht von langer Dauer sein. Jede Regierung, gleichviel, wie sie aussieht, muß für die Sicherheit Frankreichs und für die Zahlung der Reparationen sorgen. (Beifall.) Ich wünsche mir also eine Mehrheit, die zugleich republikanisch und national ist. Ich wünsche, daß die Regierung mit der Kammer einen Pakt schließt, der auf gegenseitigem Vertrauen und loyaler Zusammenarbeit gegründet ist." Poincaré geht dann im einzelnen auf die Fragen der inneren Politik ein, die er geschickt im republikanischen Sinne auslegt. Er schließt unter dem Beifall des Hauses. Die Sitzung dauerte bis heute früh 3 Uhr und endete mit einem Vertrauensvotum für Poincaré.

*

Paris, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In seinen oben kurz wiedergegebenen politischen Darlegungen anläßlich der gestrigen Kammerdebatte führte Poincaré hinsichtlich der auswärtigen Politik u. a. aus, er sei Gegner der internationalen Finanzwelt. Er wolle nicht die Verteidigung der französischen Rechte ihr anvertrauen. Die nützliche Arbeit des Völkerbundes erkennt er an, aber Deutschland gegenüber müsse man hinsichtlich seiner lächerlichen Vorschläge Mißtrauen an den Tag legen. Poincaré erklärte: Wir sind gezwungen, aus diesem Grunde unseren Druck zu verlängern und zu verstärken. Weiter führte Poincaré aus: Der Friede wurde unterzeichnet, aber die Friedensbedingungen sind nicht erfüllt. Man hat uns sogar unsere Fahnen von 1870 nicht zurückgegeben. Die Schuldigen sind nicht bestraft. Das alles ist nicht die Schuld Frankreichs. Deutschland rüstet nicht ab. Es verausgabt seine Hilfsquellen in prachtvollen Bauten (?) und entledigt sich nicht seiner Reparationsschuld. Gestern war unser Leben bedroht, heute steht unser wirtschaftliches Leben in Gefahr, und morgen wird es sich vielleicht wieder um unser Leben handeln.

* * *

Eine gemeinsame Antwort der Räuber?

Brüssel, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die belgische Regierung hat eine Note Poincarés erhalten, worin dieser vorschlägt, eine gemeinsame französisch-belgische Antwort auf den englischen Fragebogen auszuarbeiten. Obwohl Theunis und Jaspar zurückgetreten sind, fahren sie fort, sich mit den laufenden außenpolitischen Fragen zu beschäftigen. Brüssel hat ebenfalls von London einen Fragebogen erhalten.

*

London, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Botschafter St. Aulaire wurde am Freitag nachmittag von Lord Curzon im Foreign Office empfangen, wo er eine lange Unterredung hatte. In dieser Unterredung hat St. Aulaire kein Schriftstück überreicht, obwohl er am Freitag vormittag die Antwort Poincarés auf den englischen Fragebogen erhalten hat. Der französische Botschafter soll vor allem die englische Regierung gefragt haben, welches ihre Haltung gegen Berlin in der Frage des passiven Widerstandes sei.

England und der passive Widerstand.

London, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Telegraph" schreibt heute im Leitartikel, die englische Regierung werde sich in keiner Form an einem Druck auf Deutschland in der Frage der Preisgabe des passiven Widerstandes beteiligen. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" deutet dagegen an, daß London sich bereitfinden könnte, in Berlin nachdrückliche Vorstellungen bezüglich des passiven Widerstandes zu erheben, wenn die Alliierten vorher einig geworden wären, die deutschen Vorschläge in Erwägung zu ziehen.

Görges legt Revision ein.

Paris, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie das „Echo de Paris" berichtet, hat der vom Kriegsgericht in Mainz zum Tode verurteilte Landwirtschaftslehrer Görges gegen das Urteil Revision eingelegt.

Der Kampf gegen eine Volksseuche

Allgemeininteresse geht vor Privatinteresse.

Der Reichstag hat in diesen Tagen den heiß umstrittenen Gesetzentwurf über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beraten. An der Vorlage der Regierung hatte der Ausschuß eine Reihe von Aenderungen und Zusätzen vorgenommen, die aber nicht grundsätzlicher Natur sind. Die dem Regierungsentwurf zugrundeliegenden Reformideen sind im wesentlichen aufrecht erhalten geblieben, und da das Gesetz im Ausschuß schließlich einstimmig angenommen wurde, so ergibt sich daraus, daß alle Parteien ernstlich versuchen wollen, den hier gewiesenen Weg zu beschreiten, wenn auch in allen Parteien einzelne Bestimmungen des Gesetzes nach wie vor hart umstritten bleiben. Man kann der Vorlage Kühnheit und Wagemut nicht absteiten; es werden auf einem der schwierigsten Gebiete für Verwaltung und Gesetzgebung Wege eingeschlagen, die weit abführen von der bisherigen Behandlung der Materie. Drei Neuregelungen springen vor allem ins Auge: die Behandlung von Geschlechtskrankheiten soll nur noch approbierten Aerzten erlaubt werden; der Erkrankte soll die Pflicht haben, sich von einem solchen Arzt behandeln zu lassen; die bisherige Reglementierung der Prostitution durch die Sittenpolizei soll abgeschafft und durch eine Beaufsichtigung seitens der Gesundheitsbehörden ersetzt werden. Die ersterwähnte Bestimmung, die Behandlung der Kranken lediglich durch approbierte Aerzte, hat einen Sturm der Entrüstung bei den Naturheilkundigen hervorgerufen. Die Vorlage geht von der Erwägung aus, daß eine rechtzeitige und gründliche Behandlung der Krankheiten dank der Fortschritte der ärztlichen Wissenschaft neuerdings durchgreifende Heilerfolge herbeizuführen vermag, während eine Verschleppung oder unsachgemäße Behandlung von den furchtbarsten Folgen für den Betroffenen sein kann und außerdem die Gefahr der Ansteckung und Weiterverbreitung in sich birgt. Nirgends aber ist die Kurpfuscherei so verhängnisvoll tätig, wie auf diesem Gebiete; sie wird von dem begreiflichen Streben vieler Erkrankter unterstützt, ihre Leiden möglichst geheim zu halten.

Es handelt sich aber letzten Endes bei der Bekämpfung der Krankheiten nicht so sehr um die Einzelpersönlichkeit; Staat und Gesellschaft haben ein brennendes Interesse daran, daß der Volksseuche durch rasche Heilung und durch vorbeugende Maßregeln ein Riegel vorgeschoben werde. Von der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten sind im Ausschuß erschütternde Bilder gegeben worden, und es kann nicht gut gehen, daß die Heilung dieser Krankheiten gewissermaßen eine reine Privatsache der einzelnen Patienten bleibt, sondern hier liegt ein wohlverstandenes Allgemeininteresse vor. Das Manchestertum, das freie Gehen- und Geschehenlassen, muß auch auf diesem Gebiete beseitigt werden, und Minister Oeser hatte vollkommen recht, wenn er bei der zweiten Beratung des Gesetzes im Reichstage ausführte, bei dem gesetzgeberischen Vorgehen gegen die volksverderbende Seuche müsse das Recht der Allgemeinheit dem Recht der Einzelperson vorangestellt werden, die allgemeine Kurierfreiheit lasse sich mit dem Zweck des Gesetzes nicht vereinbaren. Aus diesen Gedankengängen heraus ist auch die jetzt noch so beliebte „Fernbehandlung" im Gesetz verboten. In logischer Verbindung mit dem Zwang zur Arztbehandlung steht die im Gesetz ausgesprochene Pflicht, sich im Krankheitsfalle von einem approbierten Arzt behandeln zu lassen. Es soll mit dieser Bestimmung der falschen Scham entgegengearbeitet werden, die jetzt noch manche Kranke abhält, sich rechtzeitig dem Arzt zu entdecken; gerade die Frühbehandlung aber ist bekanntlich am ehesten geeignet, der Krankheit ihren verderblichen Charakter zu nehmen. Freilich kann es sich hier nur um eine Sollvorschrift handeln, nicht um eine bei Unterlassung strafrechtlich zu ahndende Bestimmung. Zutreffend sagt die Begründung des Entwurfs, daß die Aufnahme einer Strafbestimmung bei nicht rechtzeitig erfolgter Inanspruchnahme des Arztes eine Quelle der häßlichsten Angebereien und Erpressungen werden könnte. Wichtig dagegen ist, daß Strafen festgesetzt sind für Personen, die in näher bezeichneten Fällen Handlungen begehen, die eine Weiterverbreitung der Krankheiten ermöglichen (z. B. die Eingehung einer Ehe). Eine hier vom Ausschuß aufgenommene (in der Regierungsvorlage nicht enthaltene) Bestimmung, wonach mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft werden kann, „wer ein Kind, für dessen Pflege er zu sorgen hat, von einer anderen Person als der Mutter stillen läßt, ohne vorher einen Arzt zu Rate gezogen zu haben", ist allerdings vielleicht, insbesondere mit Rücksicht auf ländliche Verhältnisse, auf Gebirgsgegenden usw., wo ein Arzt nicht immer schnell zur Verfügung steht, etwas zu weit gegriffen.

Wertvoll ist ein neuer, aus demokratischer Initiative hervorgegangener Paragraph, wonach die Durchführung der aus dem Gesetz erwachsenden hygienischen Aufgaben Gesundheitsbehörden zu übertragen ist, die sich mit den Pflegeämtern und den Einrichtungen der sozialen Fürsorge im Einvernehmen halten sollen. Die Reglementierung der Prostitution hat sich in der Praxis als ungeeignet zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten erwiesen, ebenso die Kasernierung. Auf diesem Gebiete werden daher von der Vorlage neue Wege beschritten, wie sie insbesondere schon in den skandinavischen Staaten eingeschlagen worden sind. Die Beschränkung auf gewisse Wohnungen oder auf bestimmte Straßen wird aufgehoben, dagegen soll als Kuppelei in Zukunft die Unterhaltung von Bordellen gelten. Auf der anderen Seite können Per-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230616010/fragment/page=0001

somen, die krank oder verdächtig sind, die Krankheit weiter zu verbreiten, einem Heilverfahren unterworfen werden, auch unter Anwendung unmittelbaren Zwanges; scharfe Strafbestimmungen sind vorgesehen für Personen, die ihre Krankheit weiterverbreiten, obwohl sie ihr Vorhandensein kennen, oder den Umständen nach annehmen müssen. Im übrigen macht sich nur strafbar, wer öffentlich zur Unzucht auffordert oder sich in einer Sitte und Anstand verletzenden oder andere belästigenden Weise dazu anbietet. Außerdem sind auf demokratischen Antrag noch einige Momente unter Strafe gestellt, bei denen das Auftreten unzüchtiger Personen besonders verletzend wirken muß. Im allgemeinen wird man hoffen dürfen, daß diese Bestimmungen des Gesetzes weiterbreiteten Mißständen entgegenwirken und das schlimme Uebel an der allein richtigen Stelle packen werden: bei der Bekämpfung durch hygienische Maßnahmen und durch möglichste Fernhaltung der Bevölkerung von den Bildern des Lasters.

Das Urteil gegen die Grubendirektoren.

10 Jahre Gefängnis. — 278 Milliarden Mark Geldstrafe.

Werden, 16. Juni.

Vor dem Kriegsgericht fand gestern die Verhandlung gegen Direktor Bergassessor a. D. Hermann Kellermann von der Guten Hoffnungshütte, Oberhausen, Direktor Bergassessor a. D. Wilhelm Falke von den Rombacher Hüttenwerken (Zeche Kondordia, Oberhausen), und Prokurist Peter Friedmann von der Adler-A.-G. für Bergbau in Kupferdreh statt. Die Herren sind angeklagt, gegen Verordnung 33 verstoßen zu haben dadurch, daß sie die Kohlen- und Koksliefernng trotz ausdrücklichen Befehls nicht wieder aufnahmen. Gegen jeden der Herren wurde einzeln verhandelt. Der Anklagevertreter beantragte gegen Kellermann fünf Jahre Gefängnis und den doppelten Wert der nicht gelieferten Kohlen- und Koksmengen in Höhe von 24,4 Millionen Francs (rund 170 Milliarden Mark), Nachdem die Verteidiger, unter denen sich auch der aus dem Krupp-Prozeß bekannte Rechtsanwalt Moriaud befand, ihre Einwände vorgebracht hatten, wurde nach kurzer Beratung das Urteil verkündet, welches dem Antrag entsprechend auf fünf Jahre Gefängnis und 178 Milliarden Mark Geldstrafe lautete. Die Verhandlung des Kriegsgerichts gegen Direktor Falke nahm denselben Verlauf wie gegen Direktor Kellermann. Der Angeklagte wurde entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts zu 5 Jahren Gefängnis und 6,2 Millionen Francs (rund 43 Milliarden Mark) Geldstrafe verurteilt. In dem Verfahren gegen den Prokuristen Friedmann hob die Verteidigung hervor, daß F. lediglich den Befehl zur Kohlenlieferung entgegengenommen, ihn aber sofort an Generaldirektor Pusch, auf dessen Namen der Befehl lautete, weiter gegeben habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Friedmann 3 Jahre Gefängnis und 8¼ Millionen Francs (rund 57 Milliarden Mark) Geldstrafe. Das Urteil lautete lediglich auf die beantragte Geldstrafe. Von einer Gefängnisstrafe wurde abgesehen.

*

Frankfurt a. M., 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Mosbach wird der „Frankfurter Ztg." berichtet, daß der Betrieb des Werkes Neckarsteinmern der Badischen Anilin- und Sodafabrik eingestellt und sämtliche Arbeiter entlassen worden sind. Der Grund der Schließung soll in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß durch die Tätigkeit der Franzosen in der Pfalz der Absatz des Werkes stockt.

10 Monate Gefängnis gegen Schüler.

London, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Das französische Militärpolizeigericht hat den Oberrealschüler Heinz aus Frankenthal zu zehn Monaten Gefängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er nachts Plakate mit der Ueberschrift: „Deutsche Frauen, steht fest im waffenlosen Kampfe, um dem deutschen Volke zu helfen!" angeschlagen hatte.

Güterblockade.

Frankfurt a. M., 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Verordnung Degoutte verhängt mit sofortiger Wirkung die Blockade über Rohprodukte, Halbfabrikate und chemische Erzeugnisse derjenigen Fabrikanten und Gesellschaften, die im besetzten Gebiet Kohlengruben haben und mit der Bezahlung der Kohlensteuer im Rückstand sind. Die beschlagnahmten Produkte dürfen die Fabriken nur mit besonderen alliierten Erlaubnisscheinen verlassen.

Die Saarfrage im Haag?

London, 16 Juni.

Wie der „Daily Telegraph" berichtet, haben die beiden englischen Anträge, die am 29. Juni im Völkerbundrat über die Saarfrage zur Erörterung gelangen werden, folgenden Wortlaut: a. Ein Antrag, um die Aufmerksamkeit des Völkerbundrates auf die Ordonnanzen der Saarvermaltung vom 7. März („Aufrechterhaltung der Ordnung") und vom 2. Mai („gegen das Streikpostenstehen") zu lenken. 2. Ein Antrag, eine Untersuchung anzuordnen, ob die Verwaltung des Saargebietes seitens der Regierungskommission sich in Uebereinstimmung befindet mit den Bestimmungen und dem Geiste des Versailler Vertrages.

Heutiger Stand des Dollars 114712!

Falls die Mehrheit des Völkerbundrates nicht bereit sein sollte, die englischen Anträge anzunehmen, wird von englischer Seite in Aussicht genommen, die umstrittenen Fragen bezüglich der Interpretation des Friedensvertrages, die die Regierung des Saargebietes behandelt, dem Haager Weltschiedsgerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.

Anschlag auf einen französischen Schnellzug.

Frankfurt a. M., 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Donnerstag abend ist bei Biebesheim am Rhein auf den Schnellzug Paris-Wiesbaden ein Bombenattentat verübt worden. Ein Soldat soll tot sein, eine Reihe von Passagieren erlitt mehr oder weniger schwere Verletzungen. Am Freitag stieß auf dem Bahnhof Gernsheim ein von Franzosen geführter Güterzug auf einen leeren Personenzug. Der Materialschaden ist bedeutend.

*

50 Milliarden Reichsbanknotenbeschlagnahmt.

Während der Nacht beschlagnahmten die Franzosen auf der Reichsbank in Dortmund etwa 50 Milliarden Mark. Vom Mitter Kriegsgericht wurden gestern 38 Polizeibeamte wegen Paßvergehens zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Vor neuen Bahntarif-Erhöhungen.

Berlin, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Dienstag tritt der Ausschuß des Reichseisenbahnrates im Verkehrsministerium zusammen, um in Gemeinschaft mit der Zentralstelle über die neuen Tarife für Personen- und Güterverkehr zu beraten, die bereits spätestens bis zum 1. Juli eingeführt sein werden.

*

Berlin, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichsrat genehmigte am Donnerstagabend die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren zum 1. Juli. Wie bereits berichtet, werden danach die Post- und Telegraphengebühren verdreifacht, die Fernsprechgebühren versünffacht. Der Mehrbedarf der Reichspostverwaltung, der durch die letzte Teuerungswelle verursacht wird, beträgt etwa vier bis fünf Billionen, wovon durch die Gebührenerhöhung noch die Hälfte ungedeckt bleibt, so daß mit weiteren Erhöhungen zu rechnen ist.

Vervielfachung der Vorauszahlungen.

Der Steuerausschuß des Reichstages behandelte in seiner Sitzung am Freitag den Antrag Marx und Genossen (Zentrum), der die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer auf das Zehnfache erhöhen will. Von deutschvolksparteilicher Seite wurde auf den Vorschlag des Professors Günther verwiesen, den Multiplikator nach dem Verhältnis des Steigens der Beamtengehälter festzusetzen, wonach man eine Verzwölf- oder eine Verfünfzehnfachung der Vorauszahlung für angemessen erachten könne. Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte jedoch, daß erst eine Verfünfundzwanzigfachung der Vorauszahlungen einen annähernden Ausgleich für die Geldentwertung bedeuten würde. Eine Einigung über die Höhe des zu wählenden Multiplikatiors konnte nicht erzielt werden. — Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Streikunruhen.

Brandenburg, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Streik, der am Montag in einer Brandenburger Fahrradfirma ausgebrochen war, hat sich im Laufe der Woche über die gesamte Metallindustrie ausgebreitet. Die anfänglichen wirtschaftlichen Forderungen sind durch Uebereinkommen zwischen den Gewerkschaften und den hiesigen Fabrikantenvereinen aus der Welt geschafft worden. Die Arbeit ist trotzdem nicht wieder aufgenommen worden, weil die Arbeiterschaft, wie mit Sicherheit feststeht, durch nichtortsansässige Elemente beeinflußt. Forderungen politischer Art, unter anderem auch die Gewährleistung proletarischer Hundertschaften, formuliert hat. Die Beunruhigung ist derart gewachsen, daß man für heute Plünderungen erwartet. Die Stadtverwaltung ist dem zuvorgekommen und hat in der Nacht zu heute den kleinen Belagerungszustand verhängt, auf Grund dessen Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationszüge verboten sind. Den Schutz der Stadt hat Schupo übernommen. In den heutigen Vormittagsstunden wurden kleine Demonstrationszüge ohne große Schwierigkeiten aufgelöst. Bei einem geringfügigen Zusammenstoß wurden einige Schreckschüsse abgegeben, durch die indes niemand verletzt wurde. Ein Aufruf des Magistrats fordert die begonnene Arbeiterschaft auf, in ihre Betriebe zurückzukehren und sich nicht von ortsfremden Elementen zu Gewalttätigkeiten verleiten zu lassen.

Sozialgesetze und Geldentwertung.

Berlin, 15. Juni. Am Freitag stand die Vorlage zur Aenderung des Reichsversorgungsgesetzes, des Altersrentnergesetzes, des Kriegshinterbliebenen- und des Offiziersversorgungsgesetzes zur Verhandlung des Reichstages. Naturlich verursacht die Sorge für die Kriegsopfer gewaltige Aufwendungen, doch sie müssen gemacht werden, namentlich zugunsten der Schwerbeschädigten, der Kinderreichen Familien und der Hinterbliebenen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begründete in diesem Sinne die Vorlage und machte besonders darauf aufmerksam, daß die Kürzungsbestimmungen in der Novelle gestrichen werden, eine Rentenkürzung nur noch dann eintritt, wenn ein bestimmtes Arbeitseinkommen aus öffentlichen Mitteln vorliegt. Die Versorgung soll allgemein der Beamtenbezügen angepaßt werden. Der Jahresaufwand wird nach den neuen Sätzen 1406 Milliarden und unter Zugrundelegung der Teuerungszulagen, die jetzt für die Beamten gelten, rund 3 Billionen betragen. Im Ausschuß traten alle Parteien, die der Berichterstatter Abg. Jäger (Düsseldorf (Soz.) mitteilte, finanziell noch weitergehende Anträge präsentiert. Man mußte sich aber im allgemeinen auf die Regierungsvorschläge zurückziehen, weil mit Zurückziehung der Vorlage gedroht wurde. In der Debatte kamen nun, wie zu erwarten war, die unerfüllt gebliebenen Wünsche erneut zum Ausdruck. Zur Klärung der kleinen Rentner, die im Ausschuß nur unter Druck zugestimmt werden sein sollte, erklärte Abg. Karstens (Soz.), seine Fraktion werde es jetzt darauf ankommen lassen, ob die Regierung die Vorlage wegen dieser Streitfrage tatsächlich zu Fall kommen lassen werde. Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Soz.) verwies darauf, daß der Sparausschuß leider eine Grenze nach oben gesetzt habe. Die wesentlichen Verbesserungen der Vorlage seien immerhin anzuerkennen.

Ein Scheitern des Gesetzes

würde die Kriegsopfer schwer schädigen. In einer von diesem Redner befürworteten Entschließung wird angenommen Valutaausgleich für im Auslande lebende Kriegsbeschädigte verlangt. Abg. Budjuhn (Soz.) führte als Argument für die Notwendigkeit der Vorlage die aus Kreisen solgiesen Selbstmorde von Kriegsbeschädigten an. Man solle auch der Veteranen und der alten Offiziere nicht vergessen. Der Redner einst verdiente große Dank des Parlamentes sei leider sehr lang. Abg. Streiter (D. Vp.) bezeichnete es als das wichtigste die automatische Anpassung der Bezüge an die Beamtengehälter. Als Grundmesser für die soziale Reife des deutschen Volkes dürfe man die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen ansehen. Der Redner rügte auch die Ermittlungen der Hilfsarbeiterbedürftigkeit und wies auf den Spartrieb hin, der nicht erstickt werden dürfe. Jedenfalls hat sich keine Partei den Verpflichtungen gegenüber den Kriegsopfern entzogen. Das stellte Abg. Ziegler (Dem.) fest. Damit ist die allgemeine Aussprache. Unter Ablehnung der kommunistischen Abänderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschußfassung mit geringen Aenderungen angenommen. Die Abstimmung kommt noch durch die Anträge eines Antrages der Bürgerlichen Parteien von 180 000 auf 420 000 Mark erhöht. In der gleich darauf vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt. — Sodann wird der Entwurf zur Aenderung des Mehrmachtverformungsgesetzes in 2. und 3. Beratung angenommen. Er bestimmt, daß als Zulage zu den Uebergangsgebührnissen jährlich der doppelte Betrag des zuletzt zustandigen ruhegehaltsfähigen Einkommens gewährt wird. — In derselben Weise wird die einmalige Uebergangsbeihilfe geregelt.

Preußischer Landtag.

Berlin, 15. Juni. In der Freitagsitzung des Landtages wird zunächst der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift mit genauen Mitteilungen über das Ergebnis der Nachprüfung der Eigentumsverhältnisse in Hohenzollernvermögen mit 149 gegen 138 Stimmen angenommen. Auch ein Teil des Zentrums hat für den Antrag gestimmt. Hierauf wird der Haushalt der Staatsschuldenverwaltung angenommen. Es folgt die Beratung des Haushalts des Landtags. — Der kommunistische Antrag auf Absetzung des Präsidenten Leinert wird mit der Begründung verbunden. Abg. Pieck (Komm.) forderte die Absetzung Leinerts, der es nicht für nötig gehalten habe, irgendwie gegen die Urheber der Saalschlacht vom 4. Mai disziplinarisch einzuschreiten. Abg. Hoyer-Aschoff (Dem.) tritt für Beschränkung der parlamentarischen Tätigkeit auf wichtigste Angelegenheiten ein, damit das Ansehen des Parlaments gehoben werde. Abg. Brust (Ztr.) und Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.) wünschen ebenfalls eine Beschränkung der parlamentarischen Anfragen. Abg. Leinert (Soz.) lehnt es ab, auf den Vorwurf einzugehen, seine Führung der Geschäfte sei parteiisch. (Zurufe bei den Kommunisten.) Unter Ablehnung aller kommunistischen Anträge, auch desjenigen auf Ablehnung des Präsidenten Leinert, wird hierauf der Haushalt des Landtages in zweiter Lesung angenommen. — Sodann setzt das Haus die Beratung des Haushaltes des Ministeriums des Innern bei dem noch ausstehenden Kapitel „Polizei" fort. Mit dieser Beratung zusleich verbandelt werden zahlreiche Anträge betreffend die Versorgung der Schutzpolizeibeamten usw.

Weitere Ausdehnung des Ausweisungssystems.

87 Familienangehörige von ausgewiesenen Eisenbahnern aus Eisen und Wilheim sind jetzt gleichfalls ausgewiesen worden. Die Möbel mußten aus den Wohnungen entfernt werden. Damit ist die erste Ausweisung von Familienangehörigen der Eisenbahnbediensteten des neubesetzten Gebietes zur Tatsache geworden. In Wanne sind innerhalb von vier Tagen dreißig Eisenbahner ausgewiesen worden. Aller Voraussicht nach müssen die Familienangehörigen gleichfalls ihre Wohnungen verlassen.

*

Drei Millionen Mark Geldstrafe für eine Milchpanscherin.

Die 66 jährige Hofbesitzerin Haarmann in Münster, die schon früher wegen Milchfälschung angeklagt war, wurde von der dortigen Strafkammer zu 2 Mill. M. Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil sie von ihrem Hofe gelieferte Milch bis zu 17 Proz. mit Wasser verfälscht hatte.

Die Kurorte werden teurer. Der Reichsverband der deutschen Hotels hat mit sofortiger Gültigkeit den Preisumultiplikator der Friedenspreise für Bäder und Kurorte, der bisher 4600 betrug, auf 5600 erhöht. Die Schlußfolgahl wird von einer Kommission dieser Organisation mit Rücksicht auf die jeweiligen Teuerungsverhältnisse in jeder Woche neu festgesetzt.

Die Tagebücher Leo Tolstojs.

Der Verlag Eugen Diederichs, Jena, brachte vor wenigen Wochen 2 Bände der Tagebücher Leo Tolstojs heraus. Die Uebersetzung besorgte Ludwig Berndl. Der erste Band umfaßt die Jahre 1895 bis 1899. Der zweite Band enthält die Aufzeichnungen aus den Jahren 1900 bis 1903, die hier zum ersten Male nach vor der russischen Ausgabe erscheinen. Erschütternd sind die Einblicke in das innere Leben und die Wandlungen dieses russischen Denkers, der streng und erhaben der Wahrheit zu dienen sich befleißigte. Der Verlag — mit dessen Erlaubnis wir einige Aufzeichnungen wiedergeben — hat die bedeutsamen Bücher würdig ausgestattet.

Ilja fragte, ob auch Frauen klug sein könnten. Ich konnte nicht antworten, aber nachher machte ich mir klar: Frauen können sehr klug sein, sie sind im allgemeinen wenn nicht klüger, so doch auch nicht dümmer als die Männer, nur haben sie den Verstand nicht am rechten Platz, es hat mit diesem Verstand eine ähnliche Bewandtnis wie mit einem Tragbalken, der nicht unter dem Dach, um es zu stützen, sondern auf dem Dach plaziert wäre. Bei den Männern ist der Verstand, er sei sonst geartet wie er wolle, der Dirigent bei jeglicher Tätigkeit; bei den Frauen ist der Verstand ein Spielzeug, ein Zierat. Im Leben der Frau mag vielerlei eine bestimmende Rolle spielen: die Eitelkeit, die Mutterschaft, der Eigennutz, die Liebe — nur nicht der Verstand.

*

Ein sehr wichtiger, mir werter Gedanke. — In der Regel glaubt man, daß die Moral, wie eine Blume, aus der Kultur hervorwachse. Genau das Umgekehrte ist der Fall: die Kultur entwickelt sich nur dann, wenn keine Religion und deshalb auch keine Moral vorhanden ist (Griechenland, Rom, Moskau). Sie ist etwas in der Art eines hochgezogenen Baumes, von dem der unwissende Gärtner reichliche Früchte erwartet, weil er so üppige Zweige hat. Im Gegenteil, die vielen üppigen Zweige sind da, weil es keine Frucht gibt und geben wird. Oder es ist wie bei einer unfruchtbaren Kuh.

*

Das Leben des Menschen besteht darin, daß er sich Ziele setzt und bestrebt ist, sie zu erreichen. Der Erreichung dieser Ziele, dem Streben selbst — folglich dem Leben — können Hindernisse entgegenstehen, sogar unüberwindliches Hab und Gut kann verloren gehen, statt Ruhm kann einem Vergessen und Schande werden, der geliebte Mensch, für dessen Glück man gelebt hat, kann sterben, Mahnungen und Predigten können von den Menschen abgelehnt werden: in allem kann ein Hindernis, eine Hemmung sein. Nur in dem einen gibt es kein Hindernis, keine Hemmung: in der Vervollkommnung der Liebe vor Gott, in der Rettung der eigenen Seele, wie die Bauern sagen. Ueberall, allseits, sind Mauern, nur dieser eine Weg ist offen, daher ist nur dies der einzig wahre Weg, d. h. er entspricht der Natur des Menschen.

Die Möglichkeit, sich die Selbstvervollkommnung in allen möglichen Verhältnissen und Lagen zum Ziel nehmen zu können und es zu erreichen, beweist nicht nur, daß darin die Bestimmung des Menschen liegt, sondern auch, daß seine Bestimmung durch dieses Leben nicht erschöpft wird. Ein Mensch, der seine Seele in der Einsamkeit geläutert hat, und der, von niemand gekannt, gestorben ist, konnte dies nicht vollbringen ohne Sinn. Der Sinn ist aber der, daß seine Seele, die gebesserte, für ein anderes Leben nötig ist. Das Gleichnis von den Talenten sagt das deutlich. Der Sinn des Lebens eines Gefangenen, wann alles, was uns verwirrt, angewrorfen ist, ist klar. Der Sinn des Lebens ist ein und derselbe für alle, die in der Welt leben. Es gibt nur eine einzige Aufgabe, und sie besteht darin, seine eigene Seele zu bessern. Das aber, was in der Welt geschieht, ist nur eine Folge dieser gebesserten Seele. Menschen, die meinen, es sei ihre Aufgabe im Leben, das Leben anderer Menschen nach ihrem Sinn einzurichten, sind dem zu vergleichen:

Ein Hausvater rief die Schnitter zusammen und gab jedem von ihnen eine Sense, ein Dengelzeug, einen Wetzstein und hieß sie, die Sensen herzurichten, zu dengeln, zu schärfen und sich zur Arbeit, die er bestehlt, bereitzuhalten. Die klugen Schnitter gehorchten, und frühmorgens schritte sie der Hauswirt auf die Wiese hinaus, und die Schnitter verrichteten mit den geschärften Sensen die Arbeit freudig und leicht. Die dummen Schnitter aber schalten die klugen aus, daß sie nicht gleich zu mähen begännen, und gingen mit ungehengelten, ungeschärften Sensen ans Mähen, verdarben die Wiese, zerbrachen die Sensen und quälten sich nutzlos ab.

Es gibt solche dumme oder arglistige Leute, welche behaupten: sich selbst zu vervollkommnen sei Egoismus, man müsse für andere arbeiten, sich dieser Arbeit opfern. Aber kann man sich denn vervollkommnen, ohne für andere zu arbeiten? Mein Gleichnis ist nicht gut: sich vervollkommnen heißt das Feuer entfachen. Und ein entfachtes Feuer wird brennen auch ohne deine Absicht und wird alles erfassen, was nach dem Willen Gottes vom Feuer erfaßt werden soll.

Deutsche Wissenschaft in Spanien.

Das lebhafte Interesse, das besonders seit dem Kriege in Deutschland für Spanien erwacht ist, hat seinen Ausdruck in einem lebhaften Austausch geistiger Beziehungen zwischen den beiden Ländern gefunden; durch Förderung des Studiums der beteiligten Sprachen, durch zahlreiche wechselseitige Besuche von Gelehrten, Künstlern und Studenten und auf jede andere Weise ist man auf beiden Seiten bemüht, diese Beziehungen lebendig zu gestalten. In Deutschland sind eine ganze Reihe von Vereinigungen und Einrichtungen gegründet worden, um diesem Zweck zu dienen. Was vielfach fehlt, ist aber der Anknüpfungspunkt in Spanien selbst, eine Stelle also, die in sachkundiger Weise auf Grund genauer Kenntnis der Verhältnisse im Lande den deutschen Kreisen an die Hand gehen kann, um alle Anregungen und Wünsche auf die richtigen Kanäle zu leiten, neue Fäden anzuknüpfen usw., gleich aber in Spanien über deutsche Verhältnisse in ähnlicher Weise Auskünfte zu erteilen und Verbindungen anzubahnen. Um hierin, soweit es von Spanien aus geschehen kann, Abhilfe zu schaffen, ist in Barcelona von reichsinteressierten deutschen und spanischen Kreisen eine „Deutsche Wissenschaftliche Vermittlungsstelle" ins Leben gerufen worden, die unentgeltlich arbeitet. Sie verfolgt den Zweck, die Kenntnisse der deutschen Kultur und Sprache hierselbst zu fördern und allen Interessenten, Anstalten, Gelehrten, Technikern, Künstlern und Studenten Auskunft zu geben bzw. zu vermitteln über Fragen, Einrichtungen und Anstalten des spanischen, insbesondere katalanischen und des deutschen wissenschaftlichen Lebens.

Die Leitung liegt in den Händen des Oberlehrers Dr. Schmidthorn von der deutschen Oberrealschule in Barcelona, der unter der Adresse der Vermittlungsstelle „Centro de Estudios Alemanes y de Intercambio", Barcelona, Bajada San Miguel Nr. 1 pral. 2a, zu erreichen ist. Der Vermittlungsstelle steht ein Beirat zur Seite, dem neben dem deutschen Generalkonsul und einigen Herren der deutschen Kolonie eine Reihe von spanischen Gelehrten angehört.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230616010/fragment/page=0002